

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

244 (18.10.1918)

# Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Abgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleise od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme 1/2 9 norm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

## Erreichtes und zu Erreichendes.

Karlsruhe, 18. Oktober.

Zu Beginn des Krieges war noch fast jeder in den alten Vorstellungen von Sinn und Zweck des Krieges befangen. Die Vorkriegszeiten wie andere vorher auch, dachte man: entstanden aus kapitalistischen Motiven, im Geiste kapitalistischer Bestrebungen verlangend, kapitalistische Absichten als Ziel verfolgend. Glücklicherweise der Sieger. Er wird dem Unterlegenen im Diktatfrieden einen Länderhaufen entreißen, in dem die profitgierige Ausbeutungslust ihren Selbstzweck erfüllen kann, wird ihm eine Kriegsschuldigung auferlegen, die alle Rebandelung an der Unmöglichkeit ihrer militärischen Inzenerierung scheitern läßt und dann wird das alte Ideal triumphieren: auf der einen Seite ein Herrschaftswort, auf der anderen Halb- oder Vollproletariat.

Aber schon nach kurzem Verlauf des Vorkrieges trat der Zerfall in dieser kapitalistischen Anschauung zutage. Es stellte sich heraus, daß der Krieg den Zwecken einer Bekehrungspolitik überhaupt nicht mehr diene. Auch wenn die kapitalistischen Bestrebungen der Niederkonkurrenz des Gegners und der Ausbeutung seines Besitzes sich mit dem Schwerte durchsetzen ließen, so konnte das doch kein Äquivalent für die verausgabten Milliarden bieten. Jetzt war der Zeitpunkt eingetreten, wo die marxistische Kombination Arbeit wurde: das Endbestreben des Kapitalismus, an einem Pol die Reichthümer der Erde aufzusammeln, an dem anderen Pol die Ausgebeuteten hinzustellen, war durch die geschichtliche Erfahrung dieses Krieges als Selbstschädigung und damit als Selbstwiderlegung entlarvt worden.

Für denjenigen, welcher den Sinn des Krieges nur aus dem Gesichtswinkel kapitalistischer Ziele ansah, mußte diese Erfahrung den Zusammenbruch aller Verunft in der Geschichte bedeuten. Da aber erwies sich die Geschichte wieder einmal unzufällig als die Menschen erwarteten hatten. Der Sinn des Vorkrieges ist sprang um: er wendete sich von einem äußeren Zweck, vom Zweck äußerer Eroberung und Vereinerlichung, in einen Zweck nach innen. Der geschichtliche Geist der Vorkriegszeiten zu verstehen: ihr seid auf einem falschen Weg; was euch nützt, sind nicht Landeszuwachs, Unterwerfung und Ausbeutung, es sind innere Reformen. Ganz logisch, ganz konform diesem Geschichtsgebot mußte der Land damit den Anfang machen, welchen Reformen am dringendsten not taten: Ausland. Einmal durch die Ereignisse von seinen Notwendigkeiten belehrt, wollte es gar nicht mehr wissen von der Eroberung Siziliens und Ostpreußens, von Konstantinopel und dem Zugang zu den Weltmeeren auf dem Weg durch die Dardanellen, es wollte nur nach innen reformieren.

Damit schien es eine gute Weile Schluß zu sein. Der geschichtliche Wille zur Reformarbeit schien sich auf Ausland beschränken zu wollen. Der Staat, welcher nach Ausland die Reformfähigkeit am notwendigsten brauchte, war an der Entfaltung dieser Tätigkeit durch eine von der militärischen Ueberhebung gestützten Reaktionspolitik gehindert. Einem Schritt nach vorne auf der Bahn der Reformen folgte einer, folgten mitunter sogar zwei zurück. Es blieb in Deutschland lange Zeit so, daß der in diesem Sinne erkennbare Gesichtswinkel nicht zum Durchbruch kam. Da erwies sich seine Gewaltstärke als die stärkste äußerliche Gewalt auf diesem Planeten: er brach die militärische Uebermacht Deutschlands bis zu dem Punkt, auf welchem er die Weltmacht zur Reformarbeit verlor. Nun ist der geschichtliche Sinn des Krieges auch in Deutschland durchgekommen.

Kein vom militärischen Gesichtswinkel betrachtet ist der Krieg in diesem Jahre ganz paradox, ganz unverständlich verlaufen. Deutschland hat es vermocht, mit einem Arm über Jahre lang den Ansturm seiner westlichen Gegner abzuwehren. Nun befam es den anderen Arm, mit dem es Frankreich, Rumänien und die übrigen Balkanländer bezwang, mit dem es Italien einen fürchtbaren Schlag versetzt hatte. Auf einmal wendet sich das Blatt. Mit der gemachten Macht gelangt es Deutschland nicht, das durchgehenden, was es mit einem Arm gefonnt hat. Wir mußten nachgeben, wir geben nach. Wir erklären von höchster Stelle den Bankrott der rein militärischen Siegesabsicht mit einer rein militärisch gestützten Eroberungspolitik. Um das alte Logik hineinzubringen, um diesen Gang der Kriegsergebnisse überhaupt zu verstehen, muß man annehmen, daß eine handgreiflich nicht aufzuweisende Macht sich bildend am Werke gewesen ist. Sie hat die Suprematie des Deutschen Meeres gebrochen, das damit Raum gewonnen wurde für die Verwirklichung des Zweckes, den der Krieg uns entdecken ließ, für die innere Reformarbeit.

Nenne man es, wie man wolle, nenne man es Gott, an dem zu glauben ja kein Kunststück ist, wenn er Hohenzollern nicht auf den Schlachtfeldern gibt, nenne man es das geschichtliche Gesetz: angesichts der Tatsachen dieses Krieges ist es zum Durchbruch gekommen, was als eine leitende

Idee der Geschichte anerkannt werden darf. Man muß ja freilich sehr vorsichtig sein mit diesen Gesichtswinkel und Gesichtswinkel, denn es sind Bestrebungen im Gange, die verantwortlichen Leiter der Politik von ihrer Verantwortung zu entlasten, indem man die eigentliche Regie alles geschichtlich politischen Wirkens jenen zuweist. Aber hier, wo nur eine Logik in den Gang der Ereignisse hineinzubringen ist, wenn wir das Wirken einer leitenden Idee veranschauligen, muß es uns gestattet sein, sie selbst als Realität hinzuzufügen.

Diese Ueberlegungen sollen mehr als eine theoretisch-geistesphilosophische Verständigung sein. Wenn wir wissen, welches die leitende Kraft der politischen Bewegung ist, dann können wir uns auch darauf einrichten. Unsere Aufgabe in der Politik ist es dann, uns ihrem Charakter gemäß einzustellen, d. h. in gegebenem Falle Reformarbeit vorzunehmen oder weiter durchzuführen.

Im ersten Siegestaumel über das Erreichte hat man sich vielfach schon an die Meinung gewöhnt, es sei nun bereits ganze Arbeit mit der Demokratisierung geschehen. Das ist aber nicht der Fall. Einen Vollparlamentarismus haben wir einführen noch nicht. Die Regierung wird von Parlamentariern oder wenigstens im Einvernehmen mit den Fraktionen gebildet. Das System der Beamtenregierung auf Grund der kaiserlichen Initiative und alleinigen Nominierung hat aufgehört zu existieren. Nur eine Gewaltmaßregel der Gegenrevolution könnte es beseitigen und das ist nicht zu befürchten. Damit ist aber nicht gegeben, daß etwaige Konflikte zwischen der Regierung und dem Parlament zugunsten der Volksvertretung gelöst werden. Es kann durch eintreten, daß ein aus dem Schoße des Parlamentarismus

herborgegangener Vorschlag nicht zur Durchführung kommt, weil die Regierung ihm ihre Zustimmung verweigert. Auch die Beseitigung des § 9 bietet für die Verhinderung dieser Eventualität keine Bürgschaft. Die ist erst dann vorhanden, wenn die Volksvertretung selbst eine gesetzgebende beschließende Körperschaft wird, wenn also Anträge des Parlaments mit Mehrheitscharakter Gesetzeskraft erlangen und wenn eine Regierung zur Demission gezwungen wird, falls die Mehrheit des Hauses sich gegen sie ausspricht.

Aus alten Zeiten summt da eine Melodie herüber: von Kronrechten, von Prirogativen, vom Schattendasein des Monarchen usw. Allerdings mit dem Gerüche von Kronrechten lasse man jetzt ein für allemal Schluß sein. Man entschließe sich endlich, wo es immer noch schwer fällt, so modern zu sein wie Friedrich II. von Preußen vor 150 Jahren: d. h. auch als Monarch im Staat nicht beborrechtet, sondern nur beamtet zu sein. Von einem Schattendasein braucht deshalb noch nicht gesprochen werden. Im neuen System wird es freilich nicht genügen, 10 1/2 König, 10 1/2 Kaiser usw. zu sein. Das allein schützt allerdings vor einem Schattendasein nicht. Man wird, wie hoch man auch durch Geburt und ein ganzer Mann von Geist, von gutem Willen, von Genie sein müssen, wenn man eine solche Rolle spielen will, wie sie bisher jemand zuziel, den der Geburtszufall von vornherein zum zukünftigen Träger der Krone ausersehen hatte. Ein politischer Kopf wie König Eduard VII., wie Wilson, konnten oder können auch als oberste Landesrepräsentanten ihre staatsmännischen Begabungen voll entfalten. Ein Georg V. bleibt eine Null und wie andere Nullen zu rein dekorativem Dasein berufen. Und das ist gut so. O-n-

## Die neue Note Wilsons.

### Wilson und die öffentliche Meinung in Amerika.

WTB. Berlin, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt redaktionell unter der Ueberschrift „Wilson und die öffentliche Meinung in Amerika“ u. a.: Es ist nicht zu bezweifeln, daß Präsident Wilson und seine Partei in idem Kampf stehen gegen diese populären Richtungen. Präsident Wilson hat durch seine erste Note gezeigt, daß er auch in der Friedensfrage entschlossen ist, seinen Willen durchzusetzen und sich zunächst nicht zu einem brutalen Zuschlagen der Friedensstörer hinreißen zu lassen. Das beweist seine Note vom 8. Oktober. Dagegen scheint es unübersehbar, daß Wilson in seiner zweiten Note an die deutsche Regierung es für nötig gefunden hat, aber es für nötig finden mußte, der Stimmung weiter amerikanischer Kreise Rechnung zu tragen, die aus dem Uebermut eines in Vergrößerungswahn lebenden Sinnes geboren ist. Ob sich Herr Wilson nur taktisch von dieser Richtung beeinflussen läßt oder ob sie dauernd Tun und Handeln der amerikanischen Politik beeinflussen wird, muß sich im weiteren Verlaufe der Friedensgespräche herausstellen.

### Die amerikanische Presse.

WTB. Amsterdam, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Nach einer Neuermeldung aus New York schreibt die „New York Times“ über die Antwort des Präsidenten Wilson: Der Präsident spricht dem amerikanischen Volke aus der Seele, wenn er die Uebergabe Deutschlands für eine notwendige Vorbedingung für die Friedensverhandlungen erklärt.

„New York Tribune“ schreibt: Die Antwort des Präsidenten soll es der kaiserlichen Regierung unmöglich machen, dem deutschen Volke zu sagen: Wir haben vergeblich um Frieden unter Wilsons eigenen Bedingungen erjuddt.

„Chicago Tribune“ schreibt: Der Präsident hat dem deutschen Volke deutlich gezeigt, unter welchen Bedingungen es Frieden suchen muß.

„Boston Globe“ schreibt: Präsident Wilson hat die herrschende Klasse in Deutschland in ein Dilemma verlegt, wenn sie das eroberte Gebiet räumt, wird sie dadurch, daß sie das Land in einen nutzlosen Krieg stürzt, desavouiert. Wenn sie aber nicht räumt, so kann kein Waffenstillstand gewährt werden. Die Lage des Junkertums ist verzweifelt und wird noch schlimmer werden.

### Italienische Bedingungen.

WTB. Varna, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Die römische Presse fordert allgemein als Vorbedingung des Waffenstillstandes außer der Räumung der besetzten Gebiete auch die der Forderung, „Giornale d'Italia“ und „Corriere d'Italia“ erklären, daß die Rücküberlegung der österreichischen Front auf die Grenzen von 1866 keine genügende Garantie bedeute und Italien einem derartigen Waffenstillstand die Fortsetzung des Krieges vorziehen würde.

### Auch Asquith will Sicherheiten.

London, 16. Okt. Neuter. In einer Rede im National Liberal Club in London sagte heute Asquith: Das Mandat des feindlichen Widerstandes ist gebrochen und unser Ziel wird er-

reicht werden, falls wir nicht absichtlich und unbesonnen darauf verzichten. Asquith kam auf die große Entscheidung zurück, der sich die britische Regierung Anfang August 1914 gegenüber sah und sagte: Wir hätten absteig bleiben können, aber niemand in England wird wünschen, daß wir damals eine solche Entscheidung getroffen hätten. Niemals zuvor in der Geschichte bewährte sich die Macht, die in der Beherrschung des Meeres liegt, mehr als gerade in diesem Kriege. Ueber das Friedensangebot sagte Asquith: Es ist richtig, daß es vom Volke ausgegangen ist, das in seinem innersten Herzen das Spiel aufgegeben hat. Die beiden Antworten Wilsons an Deutschland waren an Geist und Inhalt genau das, was der Augenblick forderte. Sie trafen kurz und bündig, würdig und tapfer den Kern der Sache. Bezüglich der letzten Note, die Wilson nicht an Oesterreich, sondern an Deutschland allein gerichtet habe, hob Asquith die Bedeutung und Gerechtigkeit ihrer Bedingungen hervor und betonte die Unmöglichkeit, mit einem Feinde zu verhandeln, der die „Leine“ berenke, mutwillig Städte und Dörfer in Frankreich zerstörte und ungläubliche Barbareien an Gefangenen beging. Asquith schloß: Wir müssen uns Eiserheiten verschaffen, daß die Regierung, die uns auffordert, mit ihr zu verhandeln, nicht der alte preussische Militarismus in demokratischer Maske ist. Das ist die große Frage. Die Antwort darauf kann einzig und allein vom deutschen Volke selbst kommen.

Anmerkung des WTB.: Auf die Behauptung des früheren englischen Ministerpräsidenten, daß das Mandat des feindlichen Widerstandes gebrochen sei, gibt die Tatsache die beste Antwort, daß die Front im Westen im langsamen Zurückweichen ungeboren geblieben ist.

Präsident Wilson hat von jeher den Kampf für die Freiheit der Meere auf sein Banner geschrieben. Für Deutschland erklärte schon der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 9. August 1915, die Freiheit der Meere müsse zum Heile aller Völker errungen werden, damit sie allen Völkern in gleicher Weise dienbar sein könne. Asquith aber feiert heute noch die Beherrschung des Meeres durch Großbritannien als etwas Unantastbares, durch die Geschichte Geheiligt.

### Oesterreich noch keine Antwort.

WTB. Wien, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Im Ausschuss für Neuheres der österreichischen Delegation erklärte Graf Burian auf eine Anfrage wegen der Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn: Wir ist die Antwort bisher noch nicht ausgegangen. Sobald sie eingetroffen sein wird, werden wir uns sofort mit dem Obmann des Ausschusses ins Benehmen setzen. Doch erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß wir die Bildung der Schriftstücke, welche jetzt zwischen uns und unseren Gegnern gewechselt werden, stets im Einvernehmen mit Deutschland herstellen. Das bedingt nur eine ganz kurze Zeit der Verständigung, aber es können auch 24 Stunden vergehen. Eine kurze Aussprache mit Berlin ist immer erforderlich, damit unsere beiderseitigen Standpunkte nicht einmal in einer Nuance in Widerspruch geraten.

### Die elsass-lothringische Frage auf dem französischen Parteikongress.

Berlin, 15. Okt. Der „Nordd. Allg. Zeitung“ wird aus Zürich gemeldet: Die letzten Sitzungen des Nationalkongresses der sozialistischen Parteien gaben, wie schon gemeldet, zu heftigen Zusammenstößen Veranlassung. Raffin-Dugens übte eine sehr scharfe Kritik an der Politik der alten Mehrheit, die eigentlich eine Sozialistenpolitik gewesen ist und die in

der ganzen Zeit es nicht einmal fertig brachte, Clemenceau zu einer Klarlegung seiner Kriegsziele zu bewegen. Hinsichtlich Elsass-Lothringens erklärte der Redner, sich mit einer Autonomie zu begnügen, wogegen von der alten Mehrheit heftiger Protest erhoben wurde. Der Minderheitsführer Baurtonnielx erklärte zur gleichen Frage, die einfachste Lösung sei, wenn diejenigen Elsass-Lothringer, die Franzosen zu werden wünschen, nach Frankreich zögen. Auch diese Erklärung erregte einen Sturm des Widerpruchs.

### Das neue Reich.

#### Die Demobilisierung.

W.B. Berlin, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Erörterungen der politischen und militärischen Lage hat die Frage der Demobilisierung und die Entlassung der Arbeiter aus dem Heeresverbande reges Interesse und besondere Bedeutung gewonnen. Nach dem schon ausgearbeiteten Plane lag dem Reichswirtschaftsrat die Aufgabe ob, zu entscheiden, in welcher Reihenfolge mit dem Friedensschluß die Arbeiter, um die es sich in erster Linie handelt, zu entlassen seien. In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung, die die Entscheidung dieser Frage für die Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens hat, glaubt das Reichswirtschaftsrat die Verantwortung für die Entscheidung dieser Frage nicht allein tragen zu können. Am vergangenen Freitag traten deshalb, wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ berichtet, die Vertreter der für diese Frage besonders in Betracht kommenden Hauptressorts mit Mitgliedern der bundesstaatlichen Regierungen zusammen. Das Ergebnis der Besprechungen war die Bildung einer besonderen gemischten Kommission von 12 Vertretern der hauptsächlichsten Reichsbehörden, ferner von Vertretern der bundesstaatlichen Regierungen und schließlich einer Anzahl von Arbeitgebern, Angestellten und Arbeitnehmern. Wie wir weiter erfahren, hat diese große Kommission einen aus 10 bis 12 Personen bestehenden kleinen Arbeitsausschuß gebildet, der seine Sitzung heute beginnen wird. Es ist vorzusehen, über die Ergebnisse der Beratungen der Öffentlichkeit fortlaufend zu berichten. Der Kommission würde ihre schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe jedenfalls wesentlich erleichtert, wenn die Richtlinien, die von ihrer Arbeit zu erwarten sind, von der Bevölkerung sorgfältig beachtet und befolgt würden.

#### Eine politische Ansprache in Baden.

W.B. Karlsruhe, 17. Okt. Der „Staatsanzeiger“ gibt amtlich bekannt: Der Staatsminister hat die Mitglieder der Präsidien der beiden Kammern der Landstände und die 1. Vorsitzenden der Fraktionen der Zweiten Kammer zu einer Besprechung über die derzeitige Lage auf Samstag, 19. Oktober, nach Karlsruhe eingeladen.

#### Die Fortschrittliche Volkspartei

läßt die Mitglieder ihres Landesauschusses zu einer Sitzung auf den 27. Oktober nach Karlsruhe ein. Gegenstand der Aussprache sind folgende Punkte: 1. Bericht über die innere und äußere Lage, 2. Die Einführung einer parlamentarischen Regierung in Baden, 3. Parteipresse, 4. Die bevorstehende Landesversammlung.

#### Zur Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, 17. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Nach § 3 der kaiserlichen Verordnung vom 15. Oktober zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 1. Oktober 1916 trifft der Obermilitärbefehlshaber alle seine Anordnungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder einem von diesem gestellten Vertreter. Auf Grund dieser Vorschrift hat der Reichskanzler den Staatssekretär Gröber zu seinem Vertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt.

#### Das preussische Wahlrecht.

Breslau, 17. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat in ihrer am 15. Oktober abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen, den drei Gesetzesvorlagen, Wahlgesetz, Neuordnung des Herrenhauses und Verfassungsänderung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse des Herrenhauses zuzustimmen. Ferner wurde ein Antrag beschlossen betr. Feuerungszulagen für die Beamten.

Es geht auch anders. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland hatte in den letzten Wochen vielfach darüber gesagt, daß

## Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Lillier.

(Fortsetzung.)

„Das ist schön und gut,“ versetzte Bage; „aber dies alles gibt uns keinen Burgunder.“  
„Sei still, Trunkenbold, du sollst nichts verlieren: den Sonntag gebe ich euch mit diesen zwanzig Francs, die ich dem Herrn von Cambes aus der Kasse gezogen habe, ein Abendbrot und zum Nachtisch erzähle ich euch ihre Geschichte. Ich werde sofort an Herrn Wixit schreiben. Ich kann Arthur nicht laden, weil ich nur zwanzig Francs ausgegeben habe, und sonst sehr reichlich gespeist werden müßte, wenn du aber eher als ich Kapin, Parlanta und die anderen triffst, so mache sie schon vorher damit bekannt, damit sie sich nicht wo anders hin einklinken lassen.“

Ich muß nachträglich noch berichten, daß dieses Abendbrot um acht Tage aufgeschoben wurde, weil Herr Wixit verhindert war; darauf wurde es auf unbestimmte Zeit vertagt, weil mein Onkel genötigt war, sich von seinen beiden Goldstücken zu trennen.

### 12. Wie mein Onkel Herrn Suzarrans an einem Saften seiner Küche aufhängt.

Sieh, wie wunderbar fruchtbar die Blumen sind! Sie füllen ihre Samenkörner wie einen Regen um sich, sie überlassen sie den Winden wie Staub, sie senden sie gleich jenen Almojen, die bis zu den düsteren Dachkammern emporsteigen, auf den Gipfel verdorrter Felsenwände, zwischen die alten Steine zusammengefallener Mauern, mitten in fallende oder herüberhängende Ähren, unbekümmert, ob sie eine Fingerspitze voll Sand finden, die sie besäet, einen Tropfen Regen, der ihrer Wurzel anhaucht, und nach einem Sonnenstrahl, der ihnen Wachstum verleiht, nach einem anderen Sonnenstrahl, der ihnen Farbe gibt. Wenn die Frühlingwinde den letzten Duft von der Wiese mit hinwegnehmen, dann weht die ganze mit Blumen bestreute Erde dahin; wenn aber die Herbstwinde darüber hingehen, ihre leuchtenden Flügel über die Blüten schütten, dann bekleidet ein neues Blumengeschlecht die Erde mit einem neuen Gewande, ihr schwacher Duft wird der letzte Hauch

in von ihm veranstalteten Versammlungen, darunter auch im Bereich des Generalkommandos des 7. A.-K., die Erörterung der preussischen Wahlrechtsfrage verboten worden ist. Auf eingelegte Beschwärde ist dem Volkbund nunmehr vom Oberbefehlshaber folgende Antwort zugegangen: In Erledigung Ihrer Beschwärde vom 14. d. M. wird Ihnen mitgeteilt, daß die Erörterung der Wahlrechtsfrage in Versammlungen im allgemeinen und so auch von stellvertretenden Generalkommandos des 7. A.-K. gegen das sich die Beschwärde richtete, zugelassen worden ist.

Kurt Eisner aus der Haft entlassen. Kurt Eisner, der während des Januarstreiks in Haft genommen wurde und der nach Leipzig übergeführt werden sollte, ist jetzt aus der Haft entlassen worden.

Dittmann begnadigt. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Leipzig erfährt, wurde der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann, der zu einer Festungstrafe von 5 Jahren verurteilt war, jetzt begnadigt und aus der Festungshaft in Neustrelitz entlassen.

### Schwedischer Glückwunsch an die deutsche Sozialdemokratie.

Dem Parteivorstand ist folgende Glückwunschsbeisehe der schwedischen Sozialdemokratie zugegangen:

„Der gesicherte Sieg der demokratischen Kraft Deutschlands wurde schon vor dem Kriege von den Vorkämpfern der Internationalen als unumgängliche Bedingung eines dauernden Weltfriedens betrachtet und in dieser Richtung wirkte auch Jahrzehnte lang die alte einzige deutsche Sozialdemokratie, leider ohne durchschlagenden Erfolg.“

Die Entwicklung der Ereignisse hat jetzt den Teil der Partei, der es als möglich und als seine Pflicht erachtet hat, mit den Regierungen, die den Krieg geführt haben, zusammenzuwirken, als vorwärtstreibende Kraft der jetzt endlich unumgänglichen Demokratisierung, die in der neuen Regierungsbildung zum Ausdruck kommt, vorgeführt.

Im Erblicken an den Präsidenten Wilson wie in der eben gegebenen weiter klarlegenden Antwort sieht der schwedische Parteivorstand ein neues Zeugnis des unerschütterlichen Willens der ganzen deutschen Arbeiterklasse, jetzt möglichst schnell jedes Hindernis eines gerechten Friedens zu brechen und eine wirkliche tiefegehende Demokratisierung zu sichern.

Wir senden unsere Glückwünsche zu den gewaltigen Berühmungen der realen Macht, die die Ereignisse der letzten Wochen zu bezeugen scheinen und geben unserer Hoffnung Ausdruck, es möchten ohne Vorbehalt und ohne Hintergedanken alle demokratischen Kräfte in der Art zusammenwirken, daß die deutsche Arbeiterklasse jene weltgeschichtliche Umwälzung weiter verfolgt und unwiderruflich machen könne.

Zur sozialdemokratischen Parteivorstand Schwedens: Branting, Vorsitzender. Möller, Parteisekretär.“

Das Glückwunschsgramm der schwedischen Genossen wird uns doppelt wertvoll durch den Umstand, daß ihre Haltung uns gegnerlich während des Krieges bekanntlich nicht die freundlichste gewesen ist. Das Telegramm ist uns ein Zeichen dafür, daß die schwedischen Genossen keine Feinde des deutschen Volkes sind. Ihre Abneigung gegen das früher herrschende System in Deutschland verstehen wir — daß sie uns jetzt zu den Erfolgen unserer Politik beglückwünschen, kann uns eine kleine Genugtuung sein.

## Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, Amtsch., 17. Okt. 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Auf dem Kampffeld nahmen wir unsere Front in die Linie östlich von Lorchoult-Kooska in p. Jügelmünster; im Anschluß hieran hinter die Lys zurück; nach stärkstem Feuer auf das geräumte Gelände führte der Feind an unsere neuen Stellungen heran. Beiderseits Kooskafeld griff er sie mit starken Kräften, bei

Lorchoult und Jügelmünster in Teilvorstößen an. Auch gegen die Lys-Front bei Korfik und Menen führte er heftige Angriffe. Der Feind wurde überall abgewiesen. Unsere neue Front zwischen Velle und Douai ist der Feind geblieben bis in Linie Capinghem-Allenes-les-Marais-Gambesien folgt. Am Selle-Abchnitt drang der Feind bei Gausij in unsere Linien ein. Radfahrerkolonnen nahmen den Feind im Gegenstoß zurück und nahmen die alte Stellung wieder. Die Beschießung der Stadt Denain durch deutsche Artillerie hält an und hat weitere Opfer unter den französischen Einwohnern und Flüchtlingen gefordert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: An der Dife-Front zeitweilige Artilleriekämpfe. Erneute Angriffe der Franzosen nördlich von Origny wurden abgewiesen. An der Aisne und an der Aire scheiterten starke französische Angriffe vor unseren neuen Linien westlich von Grandpre.

Heeresgruppe Gallwitz: Östlich der Aire wurden östliche Angriffe, deren Hauptstoß gegen Champignelle und Landres sich richtete, abgewiesen. Beide Orte wurden gehalten. Die Höhe südöstlich von Landres blieb nach heftigem Kampf in Feindeshand. Auch auf dem Ostufer der Maas scheiterten erneute Angriffe des Feindes. Der Abwehr des westlich von Flabas mit Panzerwagen vordringenden Gegners zeichnete sich die 1. Landwehr-Division aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz: Vor unserer neuen Front zwischen Jagodina und Rič hat der Feind die westliche Morawa-Strömung und Kessine erreicht. Zeitlangliche, die er aus dieser Linie heraus führte, wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

### Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

*Gröber*

## Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 17. Okt., abends. (Amtlich.) Zwischen Le Cateau und der Dife hat der Feind erneut auf mehr als 35 Kilometer breiter Front angegriffen. Der mit großen Mitteln angelegte Durchbruchversuch wurde vereitelt. Seine Angriffe sind teils vor unseren Linien gescheitert, teils fragten wir sie vor unseren Artilleriestellungen auf. In Flandern, an der Aire und Maas nur örtliche Kämpfe.

## Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

W.B. Wien, 17. Okt. (Amtlich.) In den Sieben Gemeinden wurden italienische Erfindungsversuche zurückgewiesen. In Albanien spielten sich nördlich von Tirana Nachkämpfe ab. Die Serben sind bis an die westliche Morawa vorgeückt. Ihre Angriffe östlich von Krusevac wurden abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

### Berents.

Stockholm, 16. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Der schwedische Dampfer „Maja“ (2000 BHP.) wurde an der englischen Küste torpediert. Neun Mann kamen ums Leben.

„Das ist schön und gut,“ versetzte Bage; „aber dies alles gibt uns keinen Burgunder.“  
„Sei still, Trunkenbold, du sollst nichts verlieren: den Sonntag gebe ich euch mit diesen zwanzig Francs, die ich dem Herrn von Cambes aus der Kasse gezogen habe, ein Abendbrot und zum Nachtisch erzähle ich euch ihre Geschichte. Ich werde sofort an Herrn Wixit schreiben. Ich kann Arthur nicht laden, weil ich nur zwanzig Francs ausgegeben habe, und sonst sehr reichlich gespeist werden müßte, wenn du aber eher als ich Kapin, Parlanta und die anderen triffst, so mache sie schon vorher damit bekannt, damit sie sich nicht wo anders hin einklinken lassen.“

Ich muß nachträglich noch berichten, daß dieses Abendbrot um acht Tage aufgeschoben wurde, weil Herr Wixit verhindert war; darauf wurde es auf unbestimmte Zeit vertagt, weil mein Onkel genötigt war, sich von seinen beiden Goldstücken zu trennen.

12. Wie mein Onkel Herrn Suzarrans an einem Saften seiner Küche aufhängt.

Sieh, wie wunderbar fruchtbar die Blumen sind! Sie füllen ihre Samenkörner wie einen Regen um sich, sie überlassen sie den Winden wie Staub, sie senden sie gleich jenen Almojen, die bis zu den düsteren Dachkammern emporsteigen, auf den Gipfel verdorrter Felsenwände, zwischen die alten Steine zusammengefallener Mauern, mitten in fallende oder herüberhängende Ähren, unbekümmert, ob sie eine Fingerspitze voll Sand finden, die sie besäet, einen Tropfen Regen, der ihrer Wurzel anhaucht, und nach einem Sonnenstrahl, der ihnen Wachstum verleiht, nach einem anderen Sonnenstrahl, der ihnen Farbe gibt. Wenn die Frühlingwinde den letzten Duft von der Wiese mit hinwegnehmen, dann weht die ganze mit Blumen bestreute Erde dahin; wenn aber die Herbstwinde darüber hingehen, ihre leuchtenden Flügel über die Blüten schütten, dann bekleidet ein neues Blumengeschlecht die Erde mit einem neuen Gewande, ihr schwacher Duft wird der letzte Hauch

(Fortsetzung folgt.)

### Vereitelte Friedensarbeit.

Der „Münchener Post“ wird aus Berlin geschrieben: Die „Bosche Zeitung“ hat den Schleier gelüftet über gewisse Verhandlungen, die ausgangs 1916 und Anfang 1917 zwischen Berlin und Washington schwebten, um den Frieden herbeizuführen. Doch die Lante Bos hat nicht alles gelagt, was sie wußte.

Als nämlich Graf Bernstorff von Amerika nach Berlin zurückgekehrt war, fiel es allgemein auf, daß er so lange nicht vom Kaiser empfangen wurde. Bald aber verbreitete sich die Nachricht, es lägen sehr bestimmte Gründe hierfür vor, die es gewissen Personen notwendig erscheinen ließen, den gewissen Boten fern von dem Monarchen zu halten. Man fürchtete Aufklärungen, die er über einiges geben könnte, was augenscheinlich Wilhelm II. noch unbekannt war.

Erst sehr spät erhielt Graf Bernstorff die Audienz, und bald nach ihr wurde er Botschafter in Konstantinopel, ein Beweis, daß er seine Politik hatte rechtfertigen können — ab auch die anderen Leute, bleibe dahingestellt.

Im Spätherbst 1916 hatte man nämlich von Berlin aus bei Wilson angefragt, ob er nicht einen Friedensschritt tun wolle. Der Präsident der Vereinigten Staaten sei auch damit einverstanden gewesen, falls ein Friedensschritt Deutschlands folge. Später wurde die Sache dahin abgeändert, daß zuerst Deutschland und dann Amerika reden sollte, weil man zu jener Zeit in Amerika über gewisse Vorkommnisse bei uns nicht sehr erfreut war.

Man wollte uns den Vortritt lassen, um die Meinung wieder zu bessern. Unsere Regierung tat dann den Friedensschritt, und Herr Wilson soll vorher von dem Text unserer Note verständigt worden sein! Man behauptet auch, wir seien von dem der seinen ebenfalls verständigt worden.

Natürlich war Voraussetzung der ganzen Aktion, die uns sicher dem Frieden sehr viel näher gebracht hätte, daß kein Schritt unsererseits geschehe, der die Lage wesentlich für die Neutralen verschärft. Ausdrücklich ist dies nicht ausgemacht worden, aber stillschweigend war es eine ganz selbstverständliche Bedingung.

Der Reichskanzler v. Bethmann hoffte sie auch jedenfalls durchsetzen zu können, hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die U-Bootfahrer verlangten den unbefristeten U-Bootkrieg, der hauptsächlich Amerika treffen mußte.

Unsere Bundesgenossen, die sich dagegen anfangs sträubten, mußten ihre Bedenken zurückstellen, als der deutsche Chef des Marinestabes, der Admiral v. Holzkendorff, sein jetzt überall bekannt gewordenes Gutachten dahin abgab, den unbefristeten U-Bootkrieg könnten die Gegner höchstens sechs Monate aushalten. Sie durften sich ihrer Empfindung nach dieser Versicherung der ersten deutschen Autorität auf marinetechnischem Gebiet nicht verschließen und nicht die Schuld auf sich nehmen, eventuell den Krieg verlängert zu haben.

Als nun Graf Bernstorff die Nachricht von dem Berliner Entschluß erhielt, soll er Berlin förmlich bestimmt haben, die Note zurückzubehalten, weil sie die Friedensaktion hinaufziehen würde.

Er soll aber von Berlin aus die Befehle erhalten haben, die Note zur angegebenen Zeit zu übergeben. Darüber hat sich Wilson auf das höchste empört und jedes Vertrauen zu Deutschland verloren, vornehmlich zu der Regierungsform in Deutschland, unter der das Geschehen konnte, und so sei der Kriegswille in ihm gestiegt worden.

an die Gewerbetreibenden und die Landwirtschaft gelangen. Der wirtschaftlich nicht erforderliche Zwischenhandel soll dabei tunlichst nicht beteiligt werden. So sich die unmittelbare Abgabe an den Verbraucher nicht durchführen läßt, wird die Verteilung und die Berechnung unter staatlicher Kontrolle vor sich gehen. Die Verwertung der Pferde bleibt in den Händen der Heeresverwaltung. Sie werden durch die Truppen öffentlich meistbietend versteigert werden mit Ausnahme vorwärtiger Zustuten, die zur Wiederherstellung der Warmblutgattung und im Interesse der Armeepferdebezüger zu noch festzusetzenden Preisen an die Züchter abgegeben werden sollen. Dem Handel ist der Verkauf der Pferdeversteigerungen, abgesehen von der Versteigerung nicht mehr arbeitsfähiger Pferde verboten. Die Kaufberechtigten müssen sich durch Pferdefakten ausweisen, die von den Bezirksämtern, ihren Spannbedarf entsprechend, ausgehellt werden.

### Der Wuchergeist auf dem Lande und die ahnungslose Obrigkeit.

Karlsruhe, 17. Oktober.

Das vollkommene Verlagen der Milchverfälschung in letzter Zeit hat dem Karlsruher Bürgerausschuß dieser Tage Veranlassung gegeben, einmal der Obrigkeit den Standpunkt klar zu machen. Ein seit längerer Zeit auf dem Lande lebender Städter schreibt der Stuttgarter „Tagwacht“ über die Praktiken, die bei der Erfassung der Lebensmittel gang und gäbe sind, wie folgt:

„Auf dem festen und untrüglichen Grunde von tagtäglichem Anschauen in weitem Kreise habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß unsere Behörden, zunächst wenn es sich um überwiegend Landwirtschaft treibende Gegenden handelt, mit der Zeit immer nachsichtiger geworden sind und zurzeit in ganz auffallender, aber auch unverantwortlicher Weise die Augen zudrücken, wie man sagt. In den Dörfern draußen hat sich allmählich die Methode herausgebildet, in möglichst vollkommener Weise die Verordnungen zu umgehen, und die erlassenen Vorschriften nicht einzuhalten, kurzum zu tun, als nicht Krieg wäre und nirgends Ernährungsnot bestünde. Das Charakteristische dabei ist, daß ganz selten etwas zur Anzeige kommt. Denn es herrscht ein stillschweigendes Uebereinkommen von Hof zu Hof, von Nachbar zu Nachbar dahingehend, jeden unterlagern und Volksbetrug treiben zu lassen, so gut es kann und so lange es gelingt. Dieses Uebereinkommen besteht; es wird gehalten, es wird heilig gehalten; es steht fest wie der Markstein im Ader. Die Schwärzeprüfung wird restlos erfüllt von allen; selbst solche zeigen hier Charakter und besitzen „Ehrgefühl“, die noch niemals im Besitze tiefer Tugenden waren. Die Methode ist so vollkommen ausgebaut, daß sogar der böseste und gehässigste Bauer seinem Nachbarn alles überfließt, freilich nicht diesem, sondern sich auflebe, weil doch jeder jeden zur Anzeige bringen könnte. Da wird seit Jahr und Tag geheim (!) geschlachtet, ohne Bedenken öffentlich immer doppelt gemahlen, der Tierbestand bei jeder Aufnahme unrichtig angegeben. Es wird jedem leicht gemacht, weil doch schon der Zähler, welcher selbst Bauer ist, die nötigen Belegungen und Fingerzeige gibt. Ein braver Mann, wer so tut und nichts verrät. Die Zählkommissionen bestehen immer aus bereidigten Gemeindevorständen, sie arbeiten nach der oben beschriebenen Methode. Und abermals: ein Sündenstift der, welcher es genau nimmt!

Die Dorfschulen sind meistens selbst Landwirte; sie haben in der Regel nur das Interesse ihrer Bauern im Auge und — das übrige. Sie wissen nicht, daß es Laufende von Hungern gibt; sie haben kein Verantwortlichkeitsgefühl. Doch, sie haben eins: die Gemeindevorstände und -aufnahmen stimmen, auf dem Papier stimmt. Der Schulbeiz weiß nichts vom wilden Mahlen, nichts vom Geheimschlachten, von alledem und vielem anderem weiß er gar nichts. Dieser Ort hat einen braven Schultheißen, einen rechten Mann; „man kann ihm nichts tun.“ Auch die Bezirksvorstände liefern ihre Ueberlichten und Erhebungen nach Stuttgart ab, pünktlich, zeitig. Diese Erhebungen! Uebertreibe ich, wenn ich sage, daß ein ganzes Fünftel unseres Getreides- und Kartoffelbestandes nicht erhoben wird? Dieses Fünftel, dazu noch allerhand anderes wird „methodisch“ unterschlagen, selbst gegessen, gefüttert, verkauft, verschachert, vertauscht; es wird mit diesem Fünftel geschmiert, gepreßt, genötigt und gesundigt ohne Wahl und Dual. Die Kommunalbehörden wissen nichts von alledem; sie wissen nicht, daß fast sämtliche Müller ihres Bezirks das Doppelte von dem mahlen, was sie dürften; sie wissen nichts von den mancherlei Metzgermeistern, die schwarz schlachten und viele junge Kälber erdarmungslos wild abflößen; sie wissen nichts von den vielen Tonnen Milch, die aus Sautrögen gefressen oder heimlich zu Butter und Käse verarbeitet werden. Wissen sie wirklich nichts davon? Auch die Landesverwaltungsstelle soll nichts wissen? Alles durch den Schleichhandel Erworben ist Hinterlassenes. Und wie blüht er! Es wäre ein Leichtes, mit Anklagen fortzufahren. Es ist ein Jammer, ein zu Herzen dringender Jammer, Tag für Tag leben zu müssen, wie viele im Satten sitzen und wie andere hungern müssen, trotz der vielen Maßnahmen. Aber gibt es denn wirksame Maßnahmen, wenn kein ehrliches Gewissen dahinter steht? Es ist höchste Zeit, zu retten, was noch zu retten ist. Wer ist der gewissenhafte Mann, der zugreift und ein ganzer Mann ist?“

anderes und wo die Behörden eine solche Praxis feststellen können, da mögen sie nur doppelt scharf durchfahren. Die schändliche Versicherung, „wir haben den Preis gar nicht gefordert, er wurde uns freiwillig geboten“, macht die Sache unter den gegenwärtigen Umständen nicht besser, sondern schlimmer. Wenn die Leute und darunter selbst solche, die sich ihrer Beflagen würden, wollte man ihnen Ehrlichkeit und Christentum abspreiben, sich nicht schämen, die Not des Nächsten auszunutzen und den fast allgemeinen Wuchererfassen zu verfallen, dann hat die ganze übrige Welt nur entschiedensten Beifall dafür, wenn die Behörden so scharf wie möglich zugreifen und dem verletzten allgemeinen Gewissen eine Genugtuung verschaffen.“

Sehr richtig! Man muß jagen: Wie räumt sich der zurzeit auf dem Lande kaffierende Wuchergeist mit dem Christentum zusammen? Das die Bauern stets im Munde führen? Sie laufen, so oft es künket, alle bis auf den letzten Mann in die Kirche, gewinnen sämtliche Absätze, aber zu einigermaßen normalen Preisen wollen sie einfach nichts abgeben und wenn der Farmer jeden Sonntag gegen den Wuchergeist predigt. Sie hören es und hören es auch nicht. Der französische Conte de Salm-Simon (1760—1825) schrieb: „Die Menschen sollen sich untereinander als Brüder verhalten; dieser erhabene Grundsatz schließt alles ein, was es in der christlichen Religion Göttliches gibt.“ Allerdings muß auch gesagt werden, daß die Wucherer nicht ausschließlich auf dem Lande wohnen. Diejenigen, die es im ganz Großen treiben, wohnen in der Stadt.

Die Verhältnisse sind aber so, entschließt sich die Obrigkeit nicht, in der Lebensmittelversorgung das zu tun, was die Forderung der Stunde ist, wird sie zur Notwendigkeit gezwungen werden, für das, was kommen kann.

### Bnden.

- \* **Rehl, 16. Okt.** Hier fuhr ein Wagen der elektrischen Straßenbahn in ein Transportfahrzeug. Die Führer des Fahrzeuges wurden schwer verletzt, der Wagen vollständig zertrümmert.
- \* **St. Georgen i. Schw., 16. Okt.** Der Gemeinderat hat beschlossen, den Kriegerverwundeten und den Hinterbliebenen von Kriegern zur Beschaffung von Brennmaterialien, Kartoffeln und anderen Wintervorräten Beihilfen von 30 Mk. für jede Frau und 10 Mk. für jedes Kind zu gewähren. Hierfür ist ein Aufwand von 18 000 Mk. notwendig.
- \* **Birrach, 16. Okt.** Man schreibt dem Oberländer Boten: Am Montag vormittag kostete ein Viertel Neuer 1,50 Mk. nachmittags war der Preis bereits auf 1,20 Mk. gesunken und abends konnte man schon für eine Mark den neuen Nebenlast probieren.
- \* **Konstanz, 17. Okt.** Seit einigen Tagen treibt hier ein Schwindler sein Unwesen, der schon verschiedene Familien in große Verwirrung versetzt hat. Er wirft nämlich in die Wohnungsbriefkästen einen Telegrammaufgabebeleg mit dem handschriftlichen Ersuchen ein, es möge ein soeben eingegangenes Telegramm mit der Todesnachricht des Sohnes der betreffenden Familie auf der Post abgeholt werden. Bis jetzt sind zehn solcher Fälle vorgekommen. Man fährt nach dem Vererber dieser Unbestände.
- \* **Mannheim, 16. Okt.** Ein guter Fang ist kürzlich der Kriminalpolizei gelungen als sie zwei langgesuchte schwere Verbrecher, den 37jährigen Tagelöhner Alfred Bering von Herrlisheim i. E. und der 27jähr. fahnenflüchtigen Soldaten Emil Schwandner von Wimpfen in Stuttgart festnehmen konnte. Bering ist aus dem hiesigen Landesgefängnis, wo er eine 3jährige Zuchthausstrafe verbüßen sollte, ausgebrochen und hat mit Schwandner eine Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle verübt.
- \* **Mannheim, 17. Okt.** Bei Vornahme von Reparaturarbeiten an einem Kranken stürzte der 47jährige Kranenführer Georg Geiswilt aus Bühl ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

**Sammelt Buchedern!** Das hiesige Unterrichtsministerium hat an sämtliche Schulbehörden die Mahnung gerichtet, die Schulkinder möge sich an der Sammlung von Buchedern beteiligen. Wenn nötig, wird der Unterricht für die Buchedernsammlung freigegeben.

### Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

- (Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)
- Vom „**Wahren Jacob**“ ist soeben die 21. Nummer des 35. Jahrgangs erschienen.
  - Der Preis der Nummer ist 15 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.
  - Von der „**Neuen Zeit**“ ist soeben das 2. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Vaterwort und sein Zusammenhang mit dem Balkenkreuz. Von E. Auer (München). — Im Hohlspiegel der anderen. Von Edgar Steiger. — Die englische Kolonialpolitik und die Rohstofffrage. Von A. Kuntze. — Kolonialwirtschaft und Arbeiterchaft. Von Emil Klotz. — Krieg und Industrie. Von Emil Klotz (Dresden). — Notizen: Englands Weizenanbau.
  - Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportageuren zum Preise von 5,20 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 40 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.
  - Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 1 des 20. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 15 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Postgeld 95 Pf.; unter Kreuzband 1,45 Mark.
  - „**Volksgesundheit**“. Illust. Monatschrift des Verbandes Volksgesundheit, Köpfchenbroda-Niederlöhrich. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 10 heben wir folgendes hervor: Ernährungshinweise für Arbeiter. — Der chronische Keimstoffkaffar. — Arbeiterwohnungsbedarf und Kindersterblichkeit. — Krieg und Frauenleiden. — Kriegsbrot und Abmagerung.
  - „**Arbeiter-Turnerzeitung**“. Zeitschrift zur Förderung des volksmäßigen Turnens; Zentralorgan des Arbeiter-Turnerbundes. Nummer 21 des 28. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Fort mit dem Allen. Zur Haltungsbänderung der Arbeiter-Turnerzeitung. Feld — Heimat. Statistik des Dreikampfes. Ein Beitrag zum Punkt Agitation für die Arbeiter-Turnerzeitung. Die Leibesübungen als Mittel zum Wiederaufbau der Volksgesundheit. Jugend und Sport.

### Deutsches Reich.

Jetzt kommen sie!

Ein „Ausschuß zur Organisation der nationalen Verteidigung“ hat sich — wie der „Deutschen Tageszeitung“ ein Drahtbericht meldet — unter dem Eindruck der Solffschen Note an Wilson bei Beteiligung weiterer Kreise aus Stadt und Provinz Westpreußen in Danzig gebildet. Der Ausschuß wendet sich mit einem Aufrufe an die Defensivität, in dem er die nationalen Verbände auffordert, sich im anzuschließen und zur Bildung ähnlicher Ausschüsse überall im Reiche einladet. Der Danziger Ausschuß tritt als vorläufiger Vorstand an die Spitze der so eingeleiteten Bewegung. Er sieht seinen Beruf hierzu in der Dringlichkeit gegen den von der Regierung geplanten Schritt und in der besonderen Gefährdung Danzigs durch die Politik des neuen Reichskanzlers.

Die Herrschaften in Danzig kommen sehr spät! Ausschüsse zur nationalen Verteidigung bestanden seit Kriegsbeginn. Man nannte sie Bezirkskommandos. Dort hätten sich die Herren, die jetzt die „nationale Verteidigung“ organisieren wollen, anno 14, 15 oder 16 melden müssen!

**Der wotanswütige Oberlehrer und sein Heddenmut.** Das „A. L.“ hatte ausgeführt, daß die deutsche Demokratie in einer bösen Zwangslage sei, wenn sie das Erbe früherer Reichswirtschaft antrete; „Wir wollen nicht, daß ein Oberlehrer seinen Schülern vorreden könne, die Demokratie habe das deutsche Volk um den Sieg gebracht.“

Dazu schreibt ein „wotanswütiger Oberlehrer“, er halte es unter seiner Würde, sich durch Drohungen der demokratischen Presse lächerlich zu machen. Er werde seinen Schülern die Wahrheit sagen; denn er sei außer dem eigenen Gewissen nur seiner vorgelegten Behörde verantwortlich.

Der arme Oberlehrer! Einmal weiß er so wenig über die Vorgänge in der Welt, als ob er auf dem Monde lebte; jodann aber wird er in Zukunft in Preußen des gleichen Wahlrechts eine demokratische vorgelegte Behörde haben. Und bei seiner Hochachtung vor den Vorgesetzten wird er schwerlich dazu kommen, seinen Wotansheldennut zu belätigen. Unser Mitleid ist ihm sicher.

**Ueber die Verwertung der bei der Demobilisierung entbehrlich werdenden Heeresgeräte, Pferde usw.** hat Reichs- und Landtagsabgeordneter Duffner an das Kriegsministerium eine Anfrage gerichtet und dabei angeregt, daß bei der Demobilisierung freierwerbende Knochentiere, Pferde, Wagen, Geräte usw. zu angemessenen Preisen direkt an die Verbraucher unter Ausschluß des verwerflichen Zwischenhandels abgegeben werden. Das Kriegsministerium teilte darauf Abg. Duffner mit, es werde Sorge getragen, daß die bei der Demobilisierung von der Heeresverwaltung zur Abgabe gelangenden Güter und Geräte zu angemessenen Preisen möglichst unmittelbar an die Verbraucher, insbesondere

Die Grippe in Baden.

\* Karlsruhe, 18. Okt. Aus den hier vorliegenden Nachrichten ist zu ersehen, daß die sogen. spanische Krankheit, die Grippe, nun auch in allen Teilen Badens, in den großen Städten sowohl wie in den kleinen Ortschaften auftritt. Man macht die Wahrnehmung, daß die Epidemie diesmal einen bösseren Charakter hat als im Sommer dieses Jahres. In einer Reihe von Fällen folgt der Grippe sehr rasch eine Lungenentzündung, die den Tod des Erkrankten oftmals zur Folge hat. In Mannheim haben vor allem die Postverwaltungen und der Straßenbahnbetrieb unter dem Ausfall an Arbeitskräften, die an der Grippe erkrankt sind, zu leiden. Der Straßenbahnbetrieb mußte erheblich eingeschränkt werden. In Heidelberg hat die Grippe schon über 80 Todesopfer gefordert und die Zahl der erkrankten Personen nimmt noch immer zu. In der nahe bei Heidelberg gelegenen Gemeinde Dossenheim ist die Grippe besonders stark verbreitet. Ganze Familien liegen erkrankt darnieder. Die Nacht vom Samstag auf Sonntag forderte fünf Todesopfer. Auch im Reihungsgebiet führt die Grippe zu Epidemien. Die Kadolfzell erscheinende „Freie Stimme“ teilt am Montag mit, daß es infolge der Erkrankungen im Personal nicht mehr möglich ist, das Blatt in eigenen Betrieben herzustellen. Es muß in Ravensburg gedruckt werden. Auch die in Schopfheim erscheinenden „Markgräfler Nachrichten“ mußten ihre Ausgabe einschränken.

Die Auflösung Oesterreich-Ungarns.

In Oesterreich-Ungarn vollzieht sich eine Entwicklung, die Deutschland aufs schärfste berührt. Gleichgültig, ob das Donauraum an der Seite Deutschlands trenn ausschert oder nicht, wird seine Zukunft und nicht unberührt lassen. Ausgöße der deutschen Politik ist es, für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein und auch im schlimmsten Fall künftige Chancen nicht zu verfehlen. Auch in Oesterreich und Ungarn werden Ministerien gebildet, die von der Entente, besonders Wilson, als verhandlungsfähig angesehen werden können und die das Vertrauen für die Durchführung des 10. Punktes des Wilsonschen Programms genießen, der lautet:

„Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, muß die erste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden.“

Wilson negiert damit nicht Oesterreich-Ungarn als Staatswesen, aber er verlangt seine Umgestaltung auf Haupt und Gliedern. Doch ist durchaus fraglich, wo die angebahnte Entwicklung enden wird. Die Ungarn wollen das Verhältnis mit Oesterreich auf die Veronalunion beschränken, die bisher gemeinsamen Angelegenheiten (außenpolitische Politik, Meer, Marine, Staatsschuld, Verwaltung Bosniens und der Herzegovina) trennen und damit den bisherigen dualistischen Aufbau des Staates beseitigen. Zu den Politikern, die diese Lösung am radikalsten vertreten, und mit ihr die national-ungarischen Forderungen von 1918 wieder aufnehmen, gehört auch der bekannte sozialistische Graf Michael Karolyi.

Die Polen streben den nationalpolitischen Staat an und haben dem Kaiser bei der Audienz der Abgeordneten rund herum erklärt, daß ihr Schicksal von den Beschlüssen des Warschauer Regimentsrats abhängt. Die Tschechen verlangen den schlobo-slawischen Staat, die Südslawen den südslawischen und zwar mit allen Souveränitätsrechten. Beide Behauptungen drohen nicht nur Oesterreich, sondern auch Ungarn zu gefährden, wo die Magyaren ihre Vorherrschaft bisher ungleich sicherer behaupten konnten als die Deutschen in Oesterreich. Tschechen wie Südslawen wollen keine gemeinsamen österreichischen Angelegenheiten anerkennen, kein gemeinsames Wirtschafts- und Steuergebiet, keine gemeinsamen Eisenbahnen usw. Wenn es an sich denkbar ist, daß die österreichischen Völker einen Staatenbund bilden, so ist dieser Gedanke doch nur ausführbar, wenn das einheitliche Wirtschaftsgebiet ungeändert erhalten bleibt. So wären die deutsch-österreichischen mit ihrer stark entwickelten Industrie und ihrem großen Ackerboden zu Arbeitslosigkeit und Hunger verurteilt. Darum verlangt auch Otto Bauer, dessen Radikalismus immer ein engschweifendes Einschlag getragen hat, in der „Arbeiterzeitung“, daß die slavischen Nationen den Deutschösterreichern als Käufer und Verkäufer freien, durch keine Zollschranke behinderten Zutritt zu ihren Gebieten gewähren oder sich mit dem Vorschlag der Deutschösterreichern an das Deutsche Reich anbinden. Diese Alternative klarzustellen sei besonders nötig, weil das von den Deutschen bewohnte Gebiet keinen zusammenhängenden Komplex darstellt, sondern durch slawische Siedlungen getrennt ist, so daß nicht die Bildung eines, sondern dreier deutsch-österreichischer Nationalitäten nötig wird: eines innerösterreichischen, nordböhmischen und west-schlesischen.

Wenn solche oder ähnliche Gedankengänge in der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Presse früher blühten, so schienen sie bedeutungslos, weil sich das deutsch-österreichische Bürgertum nicht um sie kümmerte und in einem stupiden Satz gegen die Arbeiterchaft hinwegsetzte. Heute steht es am Grabe seiner Hoffnungen und hat sich in seiner Hilflosigkeit geradezu bedingungslos unter die Führung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie gestellt.

Eine gewisse Verzögerung kann die weitere Entwicklung in Oesterreich-Ungarn dadurch erfahren, daß Wilson die österreichisch-ungarische Note bis jetzt überhaupt nicht beantwortet hat, sei es weil er der österreichisch-ungarischen Regierung das Recht abspricht, im Namen ihrer Völker aufzutreten, sei es, weil er das noch mit Deutschland verbündete Oesterreich gelassen übersehen wollte. Die Folge ist jedenfalls große Unsicherheit in Wien und Zurückhaltung in der politischen Umgestaltung des Staates aus der begrifflichen Vorstufe, dem Feinde nicht freiwillig und ohne besondere Aufmerksamkeit nach zu geben, als er selbst erwartet.

Oesterreich-Ungarn ein nationaler Bundesstaat.

Wien, 17. Okt. Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Manifest, in welchem Oesterreich-Ungarn zu einem nationalen Bundesstaat erklärt wird. Es soll ohne Säumnis der Neuauflauf des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher unveräußerlichen Grundlagen in Angriff genommen werden. Oesterreich soll zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder

Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit einem unabhängigen polnischen Staate soll hierdurch in keiner Weise vorgeschrieben werden. Die Stadt Trieste samt ihrem Gebiete erhält den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung.

Ungarn.

Budapest, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Abgeordnetenhause. Bei Beginn der Sitzung ergriff der Ministerpräsident das Wort. Er ging auf die Darlegung des Verhältnisses zu Oesterreich ein und sagte: Nachdem Oesterreich sich die föderative Grundlage organisiert hat, stellen wir uns auf die Basis der Personalunion und werden demgemäß unsere Politik in wirtschaftlicher Beziehung und auch in Beziehung auf unsere Verteidigung unabhängig und selbständig organisieren.

Hierauf hielt Graf Michael Karolyi eine Rede, in der er die sofortige Eröffnung von Friedensverhandlungen ohne Rücksicht auf die bisherige Interessengemeinschaft forderte. Bei den Friedensverhandlungen müsse Ungarn durch eigenen, mit entsprechendem Wirkungsbereich ausgestatteten Delegierten vertreten sein. Unter heftigen Ausfällen gegen die Partei Tisza forderte er, daß die Urheber des Krieges strengstens zur Verantwortung gezogen würden. Bei diesen Worten erlöste der Reichspräsident: „Bezähle Ententagenten!“ Mikosai, Mitglied der Antipartei rief: „Wir erklären, daß wir Ententefreunde sind.“ Bei diesen Worten erhob sich ein großer Tumult. Zahlreiche Rufe gegen Mikosai wurden laut.

Zum Attentat auf Tisza.

Budapest, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Der Verüber des Anschlages gegen den Grafen Tisza gab bei einem vorläufigen Verhör, daß er Johann Lejay Keitner heiße, 23 Jahre alt und Beamter der Futtermittelzentrale sei. Er erklärte ferner, daß er den Anschlag gegen den Grafen Tisza verüben wollte, weil er in ihm ein Hindernis für den Frieden und einen der Urheber der Verlängerung des Krieges erblickte. Im Verlaufe des Verhörs fügte er hinzu, daß er beabsichtigt habe, gegen den deutschen Staatssekretär v. Hintz während seines Budapestbesuchs einen Anschlag zu verüben, doch sei der Staatssekretär vor der Ausübung des Anschlages abgereist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Konstanz, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Heute morgen 8.30 Uhr ist ein Schweizer Flug mit 750 deutschen Kriegsgefangenen aus Frankfurt hier eingetroffen, die in der üblichen Weise festlich begrüßt wurden.

Basel, 16. Okt. Die neue Korrespondenz meldet aus Luxemburg: Die luxemburgische Abgeordnetenkammer und die Regierung haben beim Präsidenten Wilson das Ersuchen gestellt, zugunsten Luxemburgs einzuschreiten und die Räumung seines Gebietes durch die deutschen Truppen zu fordern.

Berlin, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Von den verschiedenen Seiten ist an das Reichsamt und an die Reichsamt das Ansuchen gerichtet worden, die Zeichnungsfrist für die neuen Kriegsanleihe zu verlängern. Wie wir erfahren, ist beabsichtigt, diese Ansetzung hinauszuschieben. Der endgültige Schluß um etwa 14 Tage hinauszuverschieben. Der endgültige Schlußtermin dürfte in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

London, 17. Okt. (Nicht amtlich.) Reuters. Bis zum gegenwärtigen Augenblicke sind fast eine Million britischer Unterthanen im Kriege ungelangt.

Soziale Rundschau.

Zuschläge zu der Kriegsversorgung der Witwen und Waisen von Militärpersonen der Unterlassen.

Auf Anordnung des badiischen Ministeriums des Innern vom 1. Oktober erhalten mit Wirkung vom 1. Juli ds. Jrs. die Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen aus dem gegenwärtigen Kriege, die Kriegswitwenpension oder Kriegswaisenpension gemäß §§ 19, 26, 44, 49 des Militärhinterbliebenengesetzes (Reichsgesetzblatt 1907, Seite 214) und § 2 Abs. 1 des Aufwärtersfürsorgegesetzes (Reichsgesetzblatt 1912, Seite 415) empfangen, Zuschläge zu diesen Kriegsversorgungsgeldern.

Die Zuschläge betragen für die Witwe 8 Mk., für die Halbwaise 3 Mk. und die Vollwaise 4 Mk. monatlich.

Voraussetzung ist, daß die Hinterbliebenen Familienunterstützung auf Grund des Familienunterstützungsgesetzes beziehen oder bezogen haben.

Die Zahlung der Zuschläge erfolgt durch die Postanstalt gegen Vorlage einer Bescheinigung des Bürgermeistersamtes über die gezahlte Familienunterstützung. Die Bescheinigung ist kostenlos anzufordern.

Hinterbliebenen von Militärpersonen, die Kriegsversorgungsgeldern erhalten, aber keine Familienunterstützung beziehen oder bezogen haben, können auf Antrag im Bedürfnisfalle Zuschläge zu den Kriegsversorgungsgeldern bewilligt werden. Anträge sind an das Versorgungsamt des 14. Armee-korps, Hinterbliebenenabteilung, in Karlsruhe, Kriegsstraße 208, zu richten. Dieses wird durch Anfrage bei dem Bürgermeisteramt festgestellt, ob ein Bedürfnis zur Gewährung des Zuschlags vorliegt. Von feindlichen Ermittlungen über die Einkommens- u. Vermögensverhältnisse kann dabei seitens der Bürgermeisterämter abgesehen werden.

Wegen unzulässiger Mietsteigerungen und unerlaubter Wohnungskündigung hatten sich in Kiel vor dem außerordentlichen Kriegsgericht wieder eine ganze Anzahl Hausbesitzer und Untervermieter zu verantworten. Mit einer Ausnahme wurden die wirtschaftlichen Gründe der Angeklagten nicht für stichhaltig angesehen und sie zu Geldstrafen bis zu 60 Mk. verurteilt.

Gefängnisstrafe für unbedeutende Sündigungen. Das stellvertretende Kommando des 11. Armee-korps in Kassel hat den Eigentümern und sonstigen Verfügungsberechtigten von Wohnungen verboten, den Mietern ohne deren ausdrücklich erklärtes Einverständnis das Mietverhältnis zu kündigen, sofern nicht der Vorstehende des zuständigen Mietvereins davor seine Zustimmung erteilt hat. Die Zustimmung darf aber von diesem nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund zur Kündigung, wie z. B. häufige Mietzahlungen und Mißbrauch der Wohnungen vorliegt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 18. Oktober.

Trübe Herbststimmung.

Unfreundliche, oft nasskalte Tage und kalte Nächte. Der Mensch fühlt sich einiger mit diesem Herbst und seiner melancholischen Müdigkeit als mit dem Frühling, der mit seiner Pracht nur das unselige Leid verhöhrt, als mit dem Sommer, dessen Erste den seelischen Hunger weniger noch als den leiblichen stillen kann. Die Hoffnung dieses Jahres sinkt mit den Wäldern. Das neue Friedensangebot der Mittelmächte zeigt uns den so heiß ersehnten Frieden. Wilson entscheidet in diesen Tagen über das Schicksal von Millionen von Menschen. Die Menschheit schreit dem fünften Winter der Not zu, nach Aufbringen im Götterheil feibeler Kriegen der Völkerverdrängung. Hunderttausende jammern wieder in die Massengräber, einen Frühling lang, einen Sommer lang, und noch nicht ist das Blutgeld bezahlt, mit dem sich Europa die Wieberkunft von Vernunft und Würde erkauft hat. Die rauhen Winde, die zum fünftenmale über die Wälder der Schlachtfelder bläsen, finden noch keine Winter. Kommt nun endlich der Winterfriede, der Wälderbau? Menschenswürdigkeit, du mußt in Qual geboren werden, wie wir alle, aber dein Tag muß nahe sein, sonst kommt er zu spät. Die Wälder marschieren durch Flammenlande in dein großes Vaterland, aber laß deine Seele aufgehen — zu viele verbrennen am Wege, die du als Bauleute brauchst! Aber trotz alledem: Loht uns die Hoffnung nicht befeuern: Einmal muß sich alles, alles wenden!

Zur Lage der Karlsruher Feuerwehrleute schreibt man uns: Am 21. August hat der Gemeindevorstand dem Stadtrat hier eine Eingabe eingereicht, in welcher um eine Neuregelung der Lohnverhältnisse der Feuerwehrleute von der ständigen Brandwache nachgesucht ist. Da diese Feuerwehrleute keinen anderen Hauptberuf ausüben, so sind sie als Berufsfeuerwehrleute zu betrachten, werden auch dementsprechend im Dienst gehalten. Vor dem Krieg hatten sie 48 Stunden Dienst und 24 Stunden frei. Während des Dienstes werden die Leute zu den verschiedensten Obliegenheiten, Übungen usw. herangezogen, müssen, abgesehen von Dienstgängen, ständig auf der Wache sein, müssen dort natürlich stets alarmbereit, schlafen und müssen sich das Essen dort hin bringen lassen. Von einer wirklichen Ruhe oder Erholung kann bei diesem Schlaf, der zudem oft genug unterbrochen wird, keine Rede sein. Für diesen Dienst nun erhielten sie für je 24 Stunden 6 Mk., also in 48 Stunden 12 Mk. Die freien Tage werden nicht bezahlt. Wachten die Leute also monatlich 20 Wachen à 6 Mk., so hatten sie 120 Mk. Damit konnten sie natürlich auch in Friedenszeiten nicht auskommen und so waren sie genötigt, an ihren dienstfreien Tagen Nebenarbeiten anzunehmen, so daß sie in Wirklichkeit keinen einzigen freien Tag, keine Nachtruhe und kein Familienleben hatten. Die Brandwache behält aber nie richtig ausgerüstete Leute, ein Zustand, der in schwierigen Situationen äußerst gefährlich werden konnte.

Recht im Krieg hat sich die Sache noch verschlimmert. Ein Teil der Feuerwehrleute ist eingezogen. Dadurch müssen die vorhandenen noch mehr Wachen machen. Eine Anzahl der Männer hat monatlang weniger wie 30 Wachen gemacht, hatte also monatlang keinen oder höchstens ab und zu einen freien Tag. Je nach den Umständen kommen sie einige Tage nicht aus dem Keldern. Wie können solche Leute frisch und munter sein in einem Dienst, in dem mehr als in jedem anderen geistige und körperliche Kräfte erforderlich sind?

Gleich unhaltbar sind auch die Lohnverhältnisse. Von 6 Mk. wurde der Lohn für 24 Stunden Dienst erst auf 8.80 Mk., ab Juli ds. Jrs. auf 7.80 Mk. erhöht. Bei 20 Wachen würden das etwa 160 Mk. monatlich, ein Lohn, mit dem die Leute bezuhalten können. Sie sind also, ob sie wollen oder nicht, gezwungen, weitere Wachen zu machen. In der Eingabe wurde nun gewünscht, den Lohn für 24 Stunden auf 12 Mk. festzusetzen, das wären bei 24 Wachen zu 24 Stunden 240 Mk. monatlich, also durchaus nicht zu viel. Der Stadtrat hat aber bis heute noch keine Zeit gehabt, die Sache zu verhandeln. Es geht eben mal alles hübsch langsam auf dem Rausen. Man läßt sich für derartige Sachen Zeit, viel Zeit. Sollte aber ein Großfeuer ausbrechen und dabei, namentlich bei der derzeitigen Ernährung, dem einen oder anderen der Feuerwehrmänner nach 25 und 30 Wachen die Kraft versagen, so wird man nicht den Mann selbst verantwortlich machen dürfen, sondern diejenigen Anstalten, die für derartige Anträge nicht das nötige Verständnis haben.

Vortrag des Deutschen Forschungsinstituts für Textilstoffe. Karlsruhe. Die Reichsbekleidungsstelle Berlin beauftragt es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwendung von Ersatzstoffen zu treffen und auf die neuen Stoffe hinzuweisen, die die Textilindustrie während des Krieges geschaffen hat. Solche sind die Fasern der Kiesel, des Glinners, der Tappa, des Torfes und vor allen Dingen der Zellulose (Papiergarne, Papiergewebe). Dr. G. H. Müller, der Leiter der Ersatzstoffabteilung der Reichsbekleidungsstelle, Berlin, wird in seinem am nächsten Samstag, nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaal der Zweiten Kammer stattfindenden Vortrage an Hand von Stoffen und Müdigungen, sowie aus dem Bereich der Bekleidungsstoffe, daß in vielen Fällen bereits die Qualität der aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Ware erreicht ist. Eine neue Industrie ist geschaffen, die unabhängig von Krieg oder Frieden bestehen wird, gewährt sie doch den Vorteil, daß man viele Dinge, zu denen man früher den aus dem Ausland bezogenen Rohstoff verwendete, jetzt aus einheimischen und billigen Stoffen, nämlich aus dem unererschöpflichen Holzreichum deutscher Wälder, herstellen kann. Es wird daher jedermann gut daran tun, diesen Vortragen schon jetzt Aufmerksamkeit zu schenken und sich mit ihnen vertraut zu machen. Der Eintritt zu dem Vortrage ist frei.

Schwimmer-Erfolge. Bei dem am 5. und 6. ds. Mts. in Strahburg stattgefundenen Kriegsschwimmwettbewerb gelang es dem Schwimmverein „Bohendon“-Karlsruhe im Jugendklasse, Jugendwettbewerb, Junioren- und Altersklassenwettbewerb und Kampfwettbewerb als Sieger und außerdem in verschiedenen Wettbewerben bei sehr harter Konkurrenz als zweiter und dritter zu landen.

Die nächste Badiische Volksleiterin zur Unterstützung Badiischer Krieger, Witwen und Waisen findet am 25. Oktober statt. Zur Verlosung kommen nur Geldgewinne im Gesamtsumme von 87 000 Mark bar Geld ohne Abzug. Der event. Hauptgewinn beträgt 20 000 Mk. Jeder unterstehe das edle Zweckes wegen den Ankauf und Verkauf nach seiner Möglichkeit. Wie zu 1 Mk. empfängt Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Strahburg i. G., Rangstr. 107, Kitzle Rehl a. M., Hauptstr. Franz Becker, Karlsruhe, Bis sel 80, Gewerbestraße und alle Lotteriestellen.

Fußball-Wettspiele. Der kommende Sonntag bringt wieder eine Reihe spannender Treffen der Herbstwettbewerbsspiele. Auf dem Mühlburger Spielplatz treffen sich Mühlburg und Durlach-Waldingen. In Durlach auf dem Spielplatz des F. C. Germania am neuen Bahnhof spielt der Karlsruher Fußballverein gegen Frankonia-Karlsruhe. Auf dem R. F. C. Spielplatz treffen sich V. f. V. und Viktoria Karlsruhe, während auf dem V. f. V. Platz Konordia und Reiterbeimer Fußballverein antreten. Die Spiele der 1. Mannschaften beginnen um 4.30 Uhr, die der 2. Mannschaften um 1 Uhr.

Pichon verlangt Schadenersatz.

Paris, 16. Okt. (Nicht amtlich.) Agence Havas. Senator Coube eruchte den Senat im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Entwurf einer Entschliessung über die vom Feinde begangenen Greuelthaten anzunehmen, in welchem der Senat seine frühere Entschliessung bekräftigt und entschlossen ist, den durch die glänzenden Siege der Alliierten glücklich befreiten Bevölkerungen die Wiedergutmachung der durch den Feind verübten Schäden, Verwüstungen und Völkerverletzungen zuzusichern und dem Feinde die nötigen Warnungen- und Schadenersatzungen entgegenzusetzen.

Der Minister des Aeusseren Pichon antwortete: Die Regierung hat nicht die an sie gerichtete Aufforderung abgewartet, um Deutschland wissen zu lassen, daß es die volle Verantwortung für die jetzt und fürderhin auf unserem Gebiete begangenen Verbrechen trage, deren Schmach in den Augen der gesamten zivilisierten Welt ein Gegenstand des Abscheues sei. (Beifall.) Wir haben dies in einer feierlichen Warnung gesagt, daß die Deutschen nicht der unerbittlichen Sühne entgehen werden. Diese Warnung wiederhole ich heute von der Tribüne des Senats herab. (Erneuter Beifall.) Diese Warnung ist übrigens in einer entscheidenden Fassung vom Präsidenten Wilson in seiner bewundernswürdigen Antwort auf den ihm aus Berlin zugegangenen Waffenstillstandsvertrag gegeben worden. (Anhaltender Beifall.) Wilson fuhr fort: Der erhabene Präsident der Vereinigten Staaten, zu dessen Entscheidungen wir immer völliges Vertrauen gehabt haben, hat mitgeteilt, daß er wie wir Waffenstillstandsverhandlungen mit einem Staate ablehnen müsse, dessen Heere sich weiserhin durch Verwüstungen und eine Willkür entehren, die eine Verletzung der Grundlagen der menschlichen Gesellschaft bedeutet. (Erneuter Beifall.) Es ist der erste Schritt dazu, die Urheber der Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen, durch die Frankreich so grausam gekittet hat, aber deren Rache schon nahe ist. Nicht ungestraft sollen unsere unglücklichen Mitbürger in den besetzten Gebieten, denen ich den Gruß des

Vaterlandes entbiete, das sich ihnen verpflichtet fühlt und entschlossen ist, ihre Kräfte zu rächen. (Beifall.) Nicht ungestraft sollen sie gemartert werden, sollen ihre Besitztümer zerstört, ihre Städte und Dörfer verwüstet, Denkmäler und Kirchen in Staub verwandelt, Gebäude niedergelegt, Felder geplündert werden, sie aus ihren Wohnungen gerissen und als Geiseln fortgeschleppt werden, ohne Rücksicht auf die schriftlichen Verpflichtungen, die von den Genfermächten eingegeben waren. Es wird für alle diese abscheulichen Taten andere Sanktionen geben als die sittliche Verurteilung, die schon durch das Gewissen ausgesprochen ist. Es wird darüber materiell Recht gesprochen werden. (Wichtige Zustimmung.) Der Antrag Coube wurde angenommen. Der Senat beschloß einstimmig die sofortige Annahme der Erklärung.

(Herr Pichon dankt dem Sachverhalt vollkommen. Wenn es ihm darum zu tun wäre, weitere Kriegsschäden zu vermeiden, so möge er doch auf schnellen Abschluß von Waffenstillstandsverhandlungen drängen. Und dann die Frage: Wer hat Deutschland für das vom Feinde verübte Verbrechen entschädigt? Die Red.)

Vor der deutschen Antwort an Wilson.

Berlin, 18. Okt. Das Kriegskabinet hielt, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, gestern vormittag eine fünfstündige Beratung mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung ab. Um 6 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Ein um 6 Uhr einberufener Kronrat, an dem die gesamte Reichsregierung teilnehmen wollte, wurde verhindert.

Der „Vorwärts“ meldet: Die Antwort an den Präsidenten Wilson war gestern Gegenstand eingehender Beratungen des Kriegskabinetts unter dem Vorsitz des Reichskanzlers. Im Verlaufe der Beratungen wurden auch Gutachten der maßgebenden militärischen Stellen gehört. Bis zur Fertigstellung der Antwort können noch Tage vergehen. In den Beratungen werden auch der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, sowie führende Parlamentarier teilnehmen bzw. um ihre Meinung befragt werden. Der für den Freitag beabsichtigte gemeinsame Zusammentritt des Reichstags ist erneut vertagt worden. Der endgültige Zeitpunkt des Zusammentritts ist noch nicht festgestellt. Wie man hört, wird von der Regierung der Gedanke einer vorübergehenden Zusammenberufung des Hauptausschusses erwogen.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Reichstagskreisen erzählt, haben die Beratungen über die deutsche Antwortnote ihren Abschluß gefunden und die zuständigen Stellen sind augenblicklich mit der Abfassung des wichtigen Dokuments beschäftigt. Nach Lage der Dinge sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die Antwort zu gehalten sein soll, daß sie keine scharfe Ablehnung der Wilsonschen Note enthalte, sondern den Weg zu weiteren Verhandlungen offen lasse. Selbstverständlich dürfte in der Note auf das entschiedenste Verwarnt werden, daß die Deutschen sich unmögliche Greuelthaten zuschulden kommen lassen. Die deutsche Note wird, wie wir hoffen, so sagt der „Berliner Lokal-Anzeiger“, Wilson noch einmal Gelegenheit geben, zu zeigen, ob es ihm mit den so feierlich proklamierten Reichsgrundsätzen Ernst ist und ob er die Macht hat, ihnen auch bei seinen Bundesgenossen Geltung zu verschaffen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Naturfreunde.) 20. Oktober Tagestour: Baden, Gersauer Wasserfall, Grimbschälle, Badener Höhe, Naturfreundebaus. Abfahrt 4.35 Uhr. 5267
Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“.) Morgen Samstag abends 7.30 Uhr Singstunde. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Um Verbreitung wird gebeten. 5268
Karlsruhe. (Gesangverein „Auffalla“.) Am Samstag, 19. Okt., abends 7.30 Uhr, findet im „Auerhahn“ Singstunde und nach derselben eine wichtige Besprechung statt. Die Herren Sänger werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. 5258
Durlach. (Arbeitergefangenverein „Freundschaft“.) Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 1.30 Uhr, Herbstfeier im Saalbau zur „Traube“, wozu einlabet 5260
Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im „Rappen“ Mitgliederversammlung mit Vortrag. 5260

Grossherz. Hoftheater. Freitag, den 18. Oktober 1918. 5254
Freitagsmiete Nr. 8. Neu einstudiert.
Der arme Heinrich. Ein Musikdrama in 3 Akten von Hans Pfitzner.
Dichtung nach der mittelalterlichen Legende von James Grun.
Anfang: 7 Uhr. Ende: gegen 10 Uhr.

Fleisch. In der laufenden Woche kommen zur Verteilung 200 gr Fleisch (160 gr Fleisch und 50 gr Fett).
Karlsruhe, den 17. Oktober 1918. 5261
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißfrant. Mit Weißfrant wurden beliefert die Gärdler:
Karl Waisach, Baumeisterstr. 32.
Paul Klähr, Luisenstr. 78.
Joh. Auberger, Luisenstr. 52.
Ann. Kambeth, Schützenstr. 2.
Kath. Weischer, Schützenstr. 68.
Karlsruhe, den 17. Oktober 1918. 5262
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bucheckernsammlung. Wer Bucheckern gesammelt hat, kann diese zum Preise von 1.65 Mk. für das Kilogramm beim städt. Gartenamt, Ettlingerstraße 6, der Sammelstelle für den Stadtbezirk, abliefern. Jeder Ablieferer hat Anspruch entweder darauf, Bucheckern bis zur Höhe der abgelieferten Menge auf Grund eines Schlag Scheines selbst schlagen zu lassen oder eine bestimmte Menge Del zu verlangen. Schlag Scheine und Delbezugs Scheine werden vom Gartenamt bei der Ablieferung ausgestellt.
Karlsruhe, den 12. Oktober 1918. 5193
Städt. Gartenamt.

Bekanntmachung. Bucheckernsammlung betr.
Mit Zustimmung des Hr. Forstamtes hier, wird hierdurch angeordnet, daß das Sammeln von Bucheln im Gemeindefeld Ettlingen bis auf weiteres nur der Ettlinger Einwohnerchaft gestattet ist. Wer Bucheln im Ettlinger Gemeindefeld sammeln will, hat sich beim Bürgermeisteramt - Polizeiwache - hier eine Erlaubniskarte ausstellen zu lassen. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen haben Ausweisung aus dem Walde und Bestrafung zur Folge.
Ettlingen, den 16. Oktober 1918.
Das Bürgermeisteramt:
Quegel. 5205

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl fleißiger
Arbeiter und Arbeiterinnen
Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.
Zu melden beim Portier der
Badischen Lebensmittelfabrik
Louis L. Stern & Cie.
Karlsruhe. 5255

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz. 66. Dankfagung.
An Spenden für das Rote Kreuz sind von außerhalb der Stadt wohnhaften Personen bei unserer Kassenerwaltung in der Zeit vom 1.-30. September 1918 weiter eingegangen: Von den Frauenvereinen: Altenheim 20, Bech 50, Eubigheim (f. Aug.) 7.55, Pragglingen 10; durch Bezirke bzw. Ortsausschüsse vom Rote Kreuz: St. Blasien f. 1917 und 1918 1000, Zell i. B. 150, Schopfheim (f. Aug.) 300, Badenweiler 50, Durlach (f. Juli u. Aug.) 800, Achern 100, Offenburg (f. Aug.) 500, Bad. Rheinfelden (f. Sept.) 200, Neßl (f. Sept.) 300, Staufen 50, Bruchsal 500, Donaueschingen (f. Sept.) 100, Wehrheim a/B. (f. 3. Quart.) 270, Rohr 150, Heidelberg (f. Sept.) 1500, Singen a. S. 50, Lörzach 800, Wehringen (f. Sept.) 300, Emmendingen (f. Sept.) 300, Schwetzingen (m. G.) 500, Mannheim (f. Sept.) 3500 (dar. 500 f. d. Abnahme), B. Baden 500, Wörben (Nährbez.) 600; von Bahn- u. Personal der Stationen: Badolfszell, Sammlg. des Stat.- und Zugpersonals 17.45, Freiburg, Personalstation 12.45; ferner von: Walsch b. Ettlingen, Betriebssekretär Franz Schwarz (m. G.) 10, Höbningen, Landwirt Aug. Auer 8, Höbningen, Adolf Simon (Ehnapengewinde) 2, Dinglingen, Gulch u. Niebide (f. Sept.) 50, Raffersweilerstr. D. Dalkhof (f. Sept.) 2, Weisweil, Goupil, Sailer (Erlös der Volksschule Weisweil für abel. Bauherren) 126, Mühlfeld, evang. Pfarramt (Samml. in Gottesdienst.) 100, Kaufstätt, Missionar Jehner 85.18, Dürren, Farter Meier 12.90; von den Steuernehmern, Gerichtsassen und Landgerichten: Inhalt aus Sammelbüchern: 3.44, Mannheim 6.80; zusammen: 13 104 Mk. 90 Pf.
Für alle Gaben herzlichen Dank! 5241

Besucht eine größere Anzahl
Hilfsarbeiter
für unsere Nahrungsmittelfabrik.
Gesellschaft Sinner
Grünwinkel. 5226

Eisendreher
Hilfsarbeiter
Frauen für Maschinenarbeit
sofort gesucht.
Geiger'sche Fabrik G. m. b. H.
8756 Karlsruhe, Augartenstraße 51.

Einige Vorarbeiter
und eine größere Anzahl kräftige junge
Mädchen und Burschen
zum sofortigen Eintritt für unsere Marmeladefabrik
gesucht.
Gesellschaft Sinner,
Karlsruhe-Grünwinkel. 5234

6257
Kaufe
(auch von Einzelpersonen)
jeden Posten
Zigarren
(in Engros-
mispreisen v. 300 bis 800 Mk.)
gegen sofortige Kasse.
Kauf von jeder Sorte 50 Stück
unter Postnachnahme erbeten.
Ferpakungsart angeben.
(Kauf auch ohne Verpackung)
Oppermann, Rudolfstadt/Th.
Augustenstraße 23.

Kaufen
nur Montag, den 21. Okt.
von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr
im Hotel „National“,
Zimmer Nr. 7, 1. Stod,
Kriegsstr. 90
Gebisse
(wenn auch zerbrochen)
zahlen bis 20 Mk. und mehr
Nathanjohn & Singer
berechtigte Aufkäufer im
Deutschen Reich.
Platin M. 7.80 per Gramm.
Postaufhebungen 5258
werden sofort erledigt.

Caschenlampen
Feuerzeuge
Batterien
im
Odeon-Musikhaus,
Karlsruhe, Kaiserstr. 175.
Telefon 339. 5071

Abgängige
Tiere
aller Art kauft
Städtisches Gartenamt
Karlsruhe. 5088
Mandolinen, Gitarren,
Zithern, Ziehharmonikas,
kauft 5049
An-u. Verkaufsgesellschaft,
Markgrafenstraße 22.

Fussball.
Sonntag, den 20. Okt. 1918.
Spielplatz Mühlburg:
Durlach-Grötzingen I u. II
gegen F.C. Mühlburg I u. II.
Spielplatz Durlach:
K.F.V. I gegen Frankonia I.
Spielplatz des K.F.V.
V. f. B. Karlsruhe I u. II.
gegen Phönix I u. II.
Spielplatz des V. f. B.:
Beierthelm I u. II gegen
Konkordia I u. II.
Beginn: 1. Mannschaften um
1.30 Uhr, 2. Mannschaften um
1 Uhr. 5264

Musikschule
A. Hofmann, Müppurrer-
straße 46.
Ausbildung für Violine und
Klavier. 4709

Haarspangen
werden zur Reparatur ange-
nommen 3440
Seifenhaus Benz
Kaiserstraße 241.

Weiß-
näherinnen
gelübt, auch für Heim-
arbeit, sofort gesucht.
Wäschefabrik
August Schulz
Herrenstraße 24. 4828

Maurer
Zimmerleute
Bauhilfsarbeiter
werden eingestellt bei
Baugehäst Jos. Held
Karlsruhe, Södenstr. 24.
Tüchtige, selbständige

Heizungs-
Monteure
sofort gesucht. Offert. an 5259
Dipl.-Ing. Mayer,
Donaueschingen.
Zeitungsträgerin auf sof.
Abtritt. Zu erst. „Allgem. Bege-
meier“, Büro, Voelchstr. 50, von
2-7 Uhr. 5254

